

Die Fragen des NABU Freiburg an die Kandidierenden des Wahlkreises Freiburg (WK 281) und deren Antworten

Die Kandidierenden:

Matern von Marschall für die CDU
Julien Bender für die SPD
Kerstin Andreae für Bündnis 90/Die Grünen
Tobias Pflüger für die Linken

1. Glyphosat

Über die Neuzulassung von Glyphosat wird Ende 2017 entschieden. Das Totalherbizid ist gesundheitsschädlich und mitverantwortlich für den Artenrückgang in unserer Landschaft. [Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis unabhängig von den Entscheidungen in Brüssel dafür einsetzen, dass der Einsatz glyphosathaltiger Spritzmittel in Deutschland massiv reduziert oder gänzlich verboten wird?](#)

CDU: Ja

(optional) Die Anwendung kann im Einzelfall angemessen sein – bei schwierigen Anbaubedingungen wie Hanglagen beispielsweise. Dabei sollte man aber auch die zeitliche Begrenzung beachten, der Vorernteeinsatz sollte verboten sein, die aufstehenden Ähren dürfen nicht gespritzt werden. Dazu gibt es aber auch schon strenge Vorschriften. Und: Solange nicht eine deutsche Bewertungsbehörde ein Verbot ausspricht steht dem - wie immer verantwortungsvollen und maßvollen - Einsatz nichts entgegen. Auch die Europäische Chemikalien Agentur (ECHA) kam zu dem Ergebnis, dass bei sachgerechter Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln keine Gefahren für die Gesundheit von Menschen und Tieren besteht. Zu diesem Ergebnis kamen auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) sowie zahlreicher weiterer unabhängiger Bewertungsbehörden. Dazu kommt, dass es keine Alternative zu Glyphosat gibt, sondern alternative Mittel sogar in höherem Maße eingesetzt und aufgrund intensiverer Bodenbearbeitung schädlicher wären. Dennoch plädiere ich dafür jedes potente Mittel unter stetiger wissenschaftlicher Beobachtung zu verwenden.

SPD: Ja

Bündnis 90/Die Grünen: Ja

(optional) Wir kämpfen seit Jahren für ein Verbot von Glyphosat – und werden das auch weiter tun. Glyphosat vergiftet Böden, Wasser, Luft, unser Essen und gefährdet Mensch und Natur. Wir unterstützen die Europäische Bürgerinitiative gegen Glyphosat (<https://stopglyphosate.org/de/>) und stellen uns der geplanten Wiedergenehmigung für 10 Jahre entgegen.

Die Linke: Ja

2. Insektensterben

Es gibt immer weniger Insekten. Eine Forschungsgruppe in Nordrhein-Westfalen hat in einer Langzeitstudie Rückgänge um bis zu 80 Prozent dokumentiert. Auch blütenbestäubende Insekten sind betroffen. Neonicotinoide, die weltweit zu den am meisten eingesetzten Insektiziden gehören, sind nachweislich gefährlich für Bienen und andere Bestäuber und damit maßgeblich verantwortlich für deren Rückgang.

[Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für ein Verbot der Wirkstoffgruppe der Neonicotinoide einsetzen?](#)

CDU: Ich weiß nicht

(optional) Wir müssen alles tun, damit die unbeabsichtigte Ausbringung der Neonicotinoide in die Luft mit Abdriften in die Biotope vermieden wird. Das Insektensterben ist schlimm, denn wir tragen Verantwortung für unsere Umwelt und insbesondere die Artenvielfalt. Für ein funktionierendes Ökosystem sind Insekten unerlässlich. Hier muss noch mehr geforscht werden.

Neonicotinoidhaltige Pflanzenschutzmittel sind auf dem deutschen Markt zugelassen, das heißt, dass sie strengen Anforderungen und einem harten Zulassungsverfahren standhielten.

SPD: Ja

Bündnis 90/Die Grünen: Ja

(optional) Die Landwirtschaft der Zukunft arbeitet mit ihren natürlichen Grundlagen – nicht gegen sie. Sie gefährdet nicht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern fördert sie durch gesunde Lebensmittel. Wollen wir die Landwirtschaft zukunftsfähig machen, müssen wir die momentane Abhängigkeit der Betriebsabläufe von Pestiziden auflösen. Wir brauchen dringend eine Landwirtschaft, die ohne den Großeinsatz von Pestiziden auskommt. Wir wollen eine deutliche Senkung des Pestizideinsatzes, und ein generelles Ende des Einsatzes von gefährlichen Stoffen wie Neonicotinoiden, Glyphosat und Glufosinat.

Die Linke: Ja

3. Agrarförderung

Die aktuelle Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gilt noch bis Ende 2020. Doch schon jetzt werden die Weichen für die künftige Agrarförderung (ab 2021) gestellt. Die derzeitige Agrarpolitik führt zu hohen Umweltbelastungen (vgl. NABUStudie unter www.NABU.de/news/2016/11/21460.html).
[Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für eine ökologische Agrarreform einsetzen, in der Prämien an konkrete Nachhaltigkeitskriterien geknüpft sind?](#)

CDU: Ja

(optional) Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist für die landwirtschaftlichen Familien ein verlässlicher Partner, ganz gleich, ob sie ökologisch oder konventionell wirtschaften. Deshalb treten wir zum Beispiel auch nach 2020 für die Beibehaltung des 2-Säulen-Modells der EU-Agrarpolitik und die Fortführung der Direktzahlungen ein. Wir fördern verlässlich Investitionen der Landwirte und geben Anreize für besonders umweltgerechte Maßnahmen und tierschutzgerechte Stallbauten. Die Umstellung und den Beibehalt der ökologischen Bewirtschaftung fördern wir mit Ökolandbauprämien, die den höheren Aufwand und die höheren Kosten der Erzeugung durch den Ökolandbau ausgleichen.

SPD: Ja

(optional) Ziel der SPD ist es, bis Ende 2026 schrittweise aus dem bisherigen System der Direktzahlungen auszusteigen. Die neue Agrarförderung soll sich an der Stärkung der ländlichen Räume, der Sicherung der Bewirtschaftung in benachteiligten Gebieten, der Nachhaltigkeit der Produktionsmethoden, der Förderung von Innovationen in der Ernährungs- und Landwirtschaft und der Absicherung der beruflichen Perspektive für die in diesen Sektoren arbeitenden Menschen orientieren.

Bündnis 90/Die Grünen: Ja

(optional) Die aktuelle gemeinsame Agrarpolitik der EU befördert ein industrielles Agrarsystem, in dem über die sogenannten Direktzahlungen der ersten Säule vor allem der Besitz von Fläche belohnt wird. Daran konnte auch das Greening nichts ändern. Bei der GAP nach 2020 ist für uns die Hauptsache, dass künftig öffentliches Geld nur noch bei öffentlicher Leistung verteilt wird, also zum Beispiel bei Natur-, Tier- und Umweltschutz.

Die Linke: Ja

4. Ökolandbau

Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Lebensmitteln wächst, doch die Anbaufläche hierzulande wächst nicht schnell genug mit. Verbrauch und Anbau sind noch weit von dem auch in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie festgeschriebenen Ziel von 20 Prozent Ökolandbau entfernt. Um das Ziel zu erreichen, braucht es eine stärkere Förderung des Bio-Anbaus.

[Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für eine stärkere Förderung des Ökolandbaus und der Ökolebensmittelwirtschaft einsetzen?](#)

CDU: Ja

(optional) Ökolandbau ist nachhaltig, umwelt- und tiergerecht. Ressourcen werden geschont und die geschlossenen Nährstoffkreisläufe belasten unser Grundwasser nicht. Das muss gefördert werden!

SPD: Ja

Bündnis 90/Die Grünen: Ja

(optional) Um den Ökolandbau endlich wieder im erforderlichen Maße voranzubringen, wollen wir die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft ausreichend fördern.

Für die nächsten sieben Jahre soll dafür ein Budget von 1 Mrd. Euro planungssicher festgelegt und die erforderlichen Mittel im Haushalt entsprechend umgeschichtet werden.

Unter anderem wollen wir 20 Prozent der Agrarforschungsgelder für den Ökolandbau einsetzen und damit Öko-Züchtung und einen Ackerbau ohne Gift stärken.

Die Linke: Ja

5. Gentechnik

Der überwiegende Teil der Bevölkerung lehnt gentechnisch veränderte Lebensmittel ab, da mit der Freisetzung von genmanipulierten Pflanzen unkalkulierbare ökologische und soziale Risiken einhergehen.

[Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für den Verzicht auf Gentechnik in der Landwirtschaft einsetzen – und zwar sowohl im Pflanzenbau als auch bei Futtermitteln?](#)

CDU: Ja

(optional) ja, ich bin für ein Opt-out im EU-Recht und damit gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel, wenn sie Mensch und Natur schaden. Dazu kommt: Die Menschen wollen diese Lebensmittel nicht und gerade in Baden-Württemberg ergibt der Anbau aufgrund der kleinräumigen Agrarstrukturen keinen Sinn. Darum bin ich zu Anfang meiner Zeit im Bundestag am 30. Januar 2014 auch nicht dem Votum meiner Fraktion gefolgt, als ich gegen die Zulassung von Genmais gestimmt habe.

SPD: Ja

(optional) Wir setzen uns für gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel ein. Es muss sichergestellt werden, dass auch bei den sogenannten neuen Gentechnikverfahren das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit gewährleistet sind und damit erzeugte Pflanzen und Tiere nicht unreguliert in den Markt gelangen.

Gentechnisch veränderte Organismen in der Landwirtschaft und Patente auf Leben lehnen wir ab.

An der Saatgutreinheit und der Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen in Lebensmitteln halten wir fest. Tierische Produkte, die auf Fütterung mit gentechnisch veränderten Pflanzen beruhen, müssen europaweit verpflichtend gekennzeichnet werden.

Bündnis 90/Die Grünen: Ja

(optional) Wir wollen den Durchmarsch der Agro-Gentechnik sowohl bei Lebens- wie bei Futtermitteln stoppen. Auch neue Gentechnik-Methoden wie CRISPR (Genome Editing) müssen im Rahmen der EU-Gentechnik-Gesetzgebung reguliert werden. Das darf nicht durch Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP aufgeweicht werden, genauso wenig wie die Nulltoleranz bei Lebensmitteln und Saatgut gegenüber gentechnisch veränderten Organismen, die in der EU nicht zugelassen sind. Eine Forschungsförderung für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen und -tiere soll es aus unserer Sicht nicht geben, unabhängig vom gewählten Verfahren.

Die Linke: Ja

6. Stickstoffüberschuss

Durch Massentierhaltung und Überdüngung der Landschaft mit Gülle leiden viele Regionen Deutschlands an einem Stickstoffüberschuss. Die Folgen: Belastungen des Trinkwassers mit Nitrat, Verlust von Arten und Lebensräumen sowie Gülletransporte durch Deutschland und über Staatengrenzen hinweg.

[Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für eine Reduktion der Stickstoffüberschüsse durch die Einführung von Hoftorbilanzen und eine Koppelung der Tierhaltung an die vorhandene Flächengröße des landwirtschaftlichen Betriebs einsetzen?](#)

CDU: Nein

(optional) Mit dem sog. Düngepaket haben wir erst kürzlich die Steuerung und Überwachung von Nährstoffströmen deutlich verbessert. Wir haben zudem eine stärkere Regionalisierung des

Düngerechts vereinbart. Das sieht beispielsweise zusätzliche Vorgaben für Gebiete mit kritischen Nitratwerten im Grundwasser vor, aber auch Entlastungen für unproblematische Gebiete wie bei uns im Mittleren Schwarzwald und auf der Baar.

Die ebenso vereinbarte bundeseinheitliche Regelung der Düngedarfsermittlung für Stickstoff auf Acker- und Grünland, die Verlängerung der Zeiträume, in denen keine Düngemittel ausgebracht werden dürfen, sowie die Ausweitung der Abstände für die Stickstoff- und Phosphatdüngung in der Nähe von Gewässern sorgen schon jetzt für eine spürbare Verbesserung.

SPD: Ja

Bündnis 90/Die Grünen: Ja

(optional) Für die gegenwärtig praktizierte Tierhaltung haben wir weder die Ackerflächen, um Futtermittel umweltverträglich anzubauen noch wird es uns gelingen, die anfallenden Güllemassen so auszubringen, dass sie von Pflanzen und Boden tatsächlich in einem verträglichen Maß aufgenommen werden können. Wir wollen daher die Tierhaltung wieder an die Fläche binden, unter anderem über die Agrarförderung. Für uns gilt bei der Tierhaltung „Klasse statt Masse“.

Die Düngegesetzgebung entspricht noch immer nicht den EU-Vorgaben. Es drohen Strafzahlungen und eine weitere Verschmutzung unseres Wassers. Wir setzen uns daher ein für eine Erfassung der Nährstoffströme durch eine Hoftorbilanz und klare Obergrenzen für die Ausbringung von Gülle.

Die Linke: Ja

7. Wiedervernetzung

Die Zerschneidung unserer Landschaft durch Straßen ist eines der größten Probleme für viele Wildtiere. Gemeinsam mit WWF, Deutschem Jagdverband (DJV) und ADAC fordert der NABU, dass mehr Mittel für Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen an Straßen und Schienen ausgegeben werden.

[Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis dafür einsetzen, dass das Bundesprogramm Wiedervernetzung im BMVI einen eigenen Haushaltstitel mit jährlich 30 Millionen Euro erhält?](#)

CDU: Ja

(optional) Für die Wiedervernetzung möchte ich mich einsetzen, denn die Stabilität der Ökosysteme und die Artenvielfalt liegen mir am Herzen. Auch die Sicherheit auf den Straßen ist gefährdet - Wildunfälle kosten Menschen- und Tierleben. Jährlich wird zudem ein Sachschaden von rund 500 Mio. Euro verursacht.

SPD: Ja

Bündnis 90/Die Grünen: Ja

(optional) Entsprechende Anträge haben wir bereits mehrfach in die Haushaltverhandlungen eingebracht. Sie wurden von Union und SPD jedoch stets abgelehnt.

Die Linke: Ja

8. Stromtod

Viele Vögel sterben, da sie an unzureichend gesicherten Mittelspannungsstrommasten einen tödlichen Stromschlag erleiden. All diese Todesfälle wären durch einen zeitgemäßen Schutz vermeidbar.

[Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für den Schutz von Vögeln vor dem Stromtod einsetzen, indem die Netzbetreiber verpflichtet werden, die Freileitungen an den Stand der Technik anzupassen?](#)

CDU: Ja

(optional) Ich bin dafür, nach Möglichkeit sollten wir künftig die großen Stromtrassen unterirdisch verlegen.

SPD: Ja

(optional) § 41 des Bundesnaturschutzgesetzes fordert den Vogelschutz an allen zukünftigen Mittelspannungsleitungen. An bestehenden Masten und technischen Bauteilen von Mittelspannungsleitungen mit hoher Gefährdung von Vögeln waren bis zum 31. Dezember 2012 die

notwendigen Maßnahmen zur Sicherung gegen Stromschlag durchzuführen. Darüber hinaus gibt es seit August 2011 gilt die neue VDE-Anwendungsregel zum Vogelschutz an Mittelspannungsfreileitungen (VDE-AR-N 4210-11). Sie ist in das VDE-Vorschriftenwerk aufgenommen worden und damit für alle Netzbetreiber verbindlich. Sollten die Netzbetreiber ihren gesetzlichen Auflagen nicht nachgekommen sein, werden wir uns für die Einhaltung einsetzen.

Bündnis 90/Die Grünen: Ja

(optional) Wir wollen beispielsweise erreichen, dass Freileitungen – zunächst in Naturschutzgebieten und Vogelzugkorridoren – durch Vogelschutzmarkierungen nachgerüstet werden.

Die Linke: Ja

9. Artenschutzgutachten

Bei Infrastrukturprojekten werden aufgrund mangelhafter Gutachten die Belange des Artenschutzes oft nicht ausreichend berücksichtigt. Was wir brauchen, sind bundesweit einheitliche Methodenstandards sowie unabhängige Kontrollen z. B. durch stichprobenartige Überprüfungen von Artenschutzgutachten.

[Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis in diesem Sinne für eine Verbesserung der Qualität von Artenschutzgutachten einsetzen?](#)

CDU: Ja

(optional) Die Qualität von Artenschutzgutachten muss verbessert werden. Unsere Artenvielfalt ist gefährdet und hier kann noch einiges getan werden.

SPD: Ja

(optional) Die Verbesserung der Qualität von Artenschutzgutachten ist zwar keine bundespolitische Aufgabe und hängt auch von der Ausbildung und den Artenkenntnissen der Gutachter ab. Die SPD befürwortet aber die Erstellung von z. B. Arten-Steckbriefen oder Handlungsempfehlungen wie das „Helgoländer Papier“. Bundeseinheitliche Standards wären wünschenswert, sind in unserem föderalen Staat aber schwierig zu erreichen.

Bündnis 90/Die Grünen: Ja

Die Linke: Ja

10. Bundesprogramm Biologische Vielfalt

Eines der erfolgreichsten Förderprogramme des Bundes für den Naturschutz ist das „Bundesprogramm Biologische Vielfalt“. Auch in Baden-Württemberg werden darüber wichtige Projekte finanziert.

[Werden Sie sich als Abgeordnete/-r aus meinem Wahlkreis für die Aufstockung des Bundesprogramms Biologische Vielfalt von derzeit 18 auf 50 Millionen Euro pro Jahr einsetzen?](#)

CDU: Ja

(optional) Ja, eine deutliche Stärkung ist angebracht. Das hat auch der Bericht zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt offenbart, den die Bundesregierung im Juli vorlegte. Welcher Betrag genau notwendig ist, das sollte gründlich ermittelt werden.

SPD: Ich weiß nicht

(optional) Maßgeblich durch Initiative der AG Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion ist es gelungen, in dieser Legislaturperiode die Mittel für das Bundesprogramm Biologische Vielfalt jährlich kontinuierlich aufzustocken. Darüber hinaus haben wir Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 40 Mio. Euro bis 2021 gesichert. Ob und in welcher Höhe die Mittel für das Bundesprogramm weiterhin aufgestockt werden können, ist jedoch wie bei anderen Programmen abhängig von der Haushaltslage.

Bündnis 90/Die Grünen: Ja

(optional) Wir haben dies bereits in den Haushaltsberatungen im Bundestag mehrfach gefordert. Das wurde von Union und SPD stets abgelehnt.

Die Linke: Ja